

Forderungen des DGB zum Jahreswirtschaftsbericht 2008

Regelmäßig zu Beginn des Jahres treffen sich die Spitzen der Bundesministerien für Wirtschaft und Technologie, Arbeit und Soziales sowie Finanzen mit Vertretern des DGB zu einem Gespräch über den von der Bundesregierung für das laufende Jahr zu erstellenden Jahreswirtschaftsbericht. Die Regierungsvertreter tragen dabei ihre Überlegungen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland vor und legen dar, mit welchen Maßnahmen sie die von ihnen angestrebten Ziele zu erreichen gedenken. Der DGB gibt anschließend seine Einschätzung zur gesamtwirtschaftlichen Lage und Entwicklung wider und stellt seine Forderungen zur Erreichung von Wachstum, Beschäftigung und Verteilungsgerechtigkeit vor.

Diese Gespräche, die die Bundesregierung getrennt auch mit den Arbeitgeberverbänden führt, sind u. a. zurückzuführen auf Vorgaben des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums für Wirtschaft vom 8. Juni 1967. Darin heißt es z. B. sinngemäß in § 3, dass die Bundesregierung den Sozialpartnern auf Verlangen Orientierungsdaten zur Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation zur Verfügung stellt. Der nachfolgende Text stellt ausgesuchte Positionsbeschreibungen des DGB dar, die die Bereiche Wirtschafts- und Steuerpolitik sowie Tarifpolitik des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes für den diesjährigen Meinungs austausch am 14. Januar 2008 zusammengestellt haben.



Inhalt

- 1 Wirtschaftliche Lage zum Jahreswechsel 2007/2008 und
Vorausschau auf 2008/2009
 - 1.1 Das internationale Umfeld und die Konjunktorentwicklung
 - 1.2 Konjunkturelle Lage und Perspektiven in Deutschland
 - 1.3 Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

- 2 Tarifpolitische Aufgaben
 - 2.1 Tarifrunde 2008: Verteilungsspielraum ausschöpfen
 - 2.2 Mindestlöhne
 - 2.3 Allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn
 - 2.4 Zeitarbeit: Mindestlohntarifvertrag allgemeinverbindlich erklären

- 3 Aufgaben der Finanz- und Steuerpolitik
 - 3.1 Finanzpolitik muss handlungsfähig bleiben und Zukunftsinvestitionen stärken
 - 3.2 Ende der Sparpolitik im öffentlichen Dienst – Arbeitsbedingungen der
Beschäftigten müssen verbessert werden
 - 3.3 Steuerpolitik: Vorerst keine generellen Steuersenkungen
 - 3.4 Föderalismusreform II - Schuldenbremsen

- 4 Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik
 - 4.1 Auswirkungen der Arbeitsmarktreform
 - 4.2 Leiharbeit wirkungsvoll regulieren

- 5 DGB-Pressemeldung Nr. 06 vom 14.01.2008 – DGB zum
Jahreswirtschaftsbericht 2008: Mit Stärkung der Nachfrage Konjunkturrisiken
entgegentreten

1 Wirtschaftliche Lage zum Jahreswechsel 2007/2008 und Vorausschau auf 2008/2009

1.1 Das internationale Umfeld und die Konjunktorentwicklung

Zu Beginn des Jahres 2008 überwiegen ganz eindeutig die Risiken, die das internationale Umfeld für die Konjunktorentwicklung in Deutschland vorgibt. Die allgemeine Unsicherheit über die weltwirtschaftliche Entwicklung nimmt monatlich zu; die Vertrauensindikatoren in die unmittelbare Zukunft sinken stetig. Ursachen hierfür sind:

- die Liquiditätskrise auf den Finanzmärkten und die derzeit noch nicht in Gänze vorhersehbaren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft – weder auf nationaler, europäischer noch globaler Ebene gibt es ernsthafte Konzepte oder Bemühungen für eine koordinierte wirtschaftspolitische Antwort;
- mit der jüngsten Finanzkrise haben sich die konjunkturellen Risiken erhöht, die Neubewertung der Kreditrisiken verteuert die Finanzierungskosten der Unternehmen und beeinträchtigt weltweit die Investitionstätigkeit;
- der importierte Preisauftrieb, insbesondere für Erdöl und Lebensmittel, wirkt verstärkend auf die Erhöhung der Verbraucherpreise durch die Mehrwertsteuererhöhung der Bundesregierung vor einem Jahr;
- die Abschwächung der Weltwirtschaft und die beginnende Rezession in den USA, was die deutschen Exporte in den Dollar-Raum erheblich unter Druck gebracht hat;
- die Krise auf dem US-Immobilienmarkt zeigt erste Auswirkungen in den europäischen Ländern, in denen in den letzten Jahren ebenfalls Immobilienblasen entstanden sind (Frankreich, Spanien, UK), sie schwächt den privaten Konsum und die Wohnungsbauinvestitionen. Beides sind die Konjunkturmotoren sowohl in den USA wie in der Mehrzahl der westeuropäischen Länder;
- in Japan ist die latent vorhandene Deflationsgefahr nach wie vor nicht gebannt, Aufschwung und Exportdynamik verlieren deutlich an Schwung, die Binnennachfrage schwächt sich ab. Die Beschäftigung nimmt jedoch noch leicht zu. Die offizielle Arbeitslosenquote bleibt mit 3,8 % sehr niedrig. Die Verbraucherpreise werden im laufenden Jahr leicht fallen. Das größte Risiko liegt weiterhin in der Aufwertung des japanischen Yens.
- auch im Euroraum läuft der Wachstumsmotor nicht mehr auf Hochtouren. Die Verbraucher geben seit Anfang 2007 nicht mehr Geld aus. Die Investitionstätigkeit geht zurück. Die Arbeitslosenquote ist allerdings auf 7 % gesunken. Die Verbraucherpreise stiegen moderat. Dauerhaft inflationäre Tendenzen sind aber nicht erkennbar.
- die schon letztes Jahr festgestellte Aufwertung des Euro gegenüber **nahezu allen** wichtigen Währungen beginnt für die europäische Exportwirtschaft ein ernstes Problem zu werden. Dies wird an der Struktur der deutschen Exporte sichtbar, die im 2. Halbjahr 2007 nur noch in den Euro-Raum deutliche Zuwächse erzielen konnten.

In vieler Hinsicht ähnelt die weltwirtschaftliche Lage heute der der Jahreswende 2000/2001. *Wichtigste Unterschiede:* die Auswirkungen der geplatzten Immobilienblase könnten sich stärker dämpfend auswirken als das Ende des Internet-Booms. 2001 hat der Wechselkursverfall des Euro negativ auf die Energierechnung und positiv auf die Exporte gewirkt; heute wirkt der Anstieg des Euro-Kurses negativ auf die Exporte.

Wichtigste Ähnlichkeit: die europäische (Geld-) Politik reagiert nicht bzw. unzureichend. Während die US-amerikanische Zentralbank (FED) ihren Leitzins deutlich gesenkt hat, **droht die EZB – wie 2001 - mit konjunkturschädlichen Zinserhöhungen**. Dies hat schon 2001 zu einer Verschärfung der Wachstumskrise in Europa geführt.

1.2 Konjunkturelle Lage und Perspektiven in Deutschland

Das Tempo des Aufschwungs hat sich in Deutschland ebenfalls verlangsamt. 2007 wuchs die deutsche Wirtschaft um voraussichtlich rund 2,5 %. Im Vorjahr – 2006 - lag das Wachstum noch bei 2,9 %. Diese Abschwächung hat mehrere Ursachen: Die Mehrwertsteuererhöhung und der steigende Ölpreis haben den privaten Konsum geschwächt. Die Euroaufwertung bremst die Exporte. Die Finanzmarktkrise dämpft die Konjunktur. Dennoch setzt sich der Aufschwung fort. Die Frühindikatoren zeichnen ein gemischtes Gesamtbild. Der Ifo-Geschäftsklima-Index – Geschäftserwartungen der Unternehmen - ist seit Mitte 2007 rückläufig. Die Auftragslage des verarbeitenden Gewerbes ist aber weiterhin gut.

Von der Verwendungsseite kommen die Impulse weiterhin sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Die Exportdynamik ist jedoch deutlich schwächer als in Vorjahren. 2007 sind die Exporte um vermutlich 8 % gestiegen. Ein Drittel weniger als 2006. Die Ausfuhren in die Eurozone stiegen stärker als die Exporte in die USA. Die Euroaufwertung und die konjunkturelle Abschwächung der US-Volkswirtschaft zeigen sich hierfür verantwortlich. Die Warenausfuhren nach China und Russland nehmen weiterhin zu. Das Importwachstum hat sich gegenüber dem Vorjahr halbiert. Maßgeblich ist die schwache Binnennachfrage. Der Exportüberschuss (Export minus Import) hat voraussichtlich auch 2007 ein neues Rekordniveau erzielt.

Die Binnenkonjunktur verliert an Schubkraft. Die Investitionstätigkeit hat ihren Höhepunkt überschritten. 2007 wurde gut 10 % mehr investiert als im Vorjahr. Die Ausrüstungsinvestitionen profitierten von günstigen Absatzperspektiven und einer hohen Kapazitätsauslastung. Das eingetrübte konjunkturelle Umfeld verringert nun die Investitionsanreize. Die Bauinvestitionen sind im zweiten Quartal 2007 deutlich zurückgegangen. Insbesondere im Wohnungsbau wurden aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung und dem Wegfall der Eigenheimzulage viele Investitionen 2006 vorgezogen. Gewerbliche und kommunale Bauinvestitionen nehmen jedoch noch zu.

Die Gewinnsituation der Unternehmen ist noch immer gut. Wie stark sich die Investitionsdynamik abschwächen wird, ist in erster Linie eine Frage der Absatzperspektiven. Im Inland spielt hierfür der private Konsum eine zentrale Rolle. Der private Konsum liegt auch im dritten Jahr des Aufschwungs am Boden. Die 3 %ige Erhöhung der Mehrwertsteuer hat massiv Kaufkraft entzogen. Gestiegene Öl- und Nahrungsmittelpreise tun ein Übriges. Der private Verbrauch ist 2007 real um voraussichtlich 0,1 % gesunken.

Die Beschäftigung legte zwar zu, die schlechte Jobqualität (Leiharbeit, Ein-Euro-Jobs, Mini-, Midijobs, Ich-AGs) und Dumpinglöhne sorgten jedoch dafür, dass die

Einkommen dem positiven Arbeitsmarkttrend nur sehr langsam folgten. 2007 stagnierten die Reallöhne je Beschäftigten. Die Lohndrift blieb wider Erwarten negativ.

Der Aufschwung hat auf dem Arbeitsmarkt positive Spuren hinterlassen. Die Erwerbstätigkeit hat 2007 bis zu 700.000 zugenommen. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich zurückgegangen. Ca. 584.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze konnten 2007 entstehen. Die Hälfte dieser neuen Jobs sind jedoch Zeitarbeitsverhältnisse, die 20 % bis 40 % unter dem jeweiligen Branchentarif entlohnt werden. Eine längerfristige Einkommens- und Lebensplanungsperspektive ist damit nicht verbunden.

Insgesamt wird das Wirtschaftswachstum im Jahr 2008 gegenüber 2007 weiter zurückgehen, wobei über das Ausmaß dieses Rückgangs noch nichts Definitives gesagt werden kann. Während das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seiner jüngsten Prognose von einem realen BIP-Wachstum von 2,1 % ausgeht, erwartet das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) nur einen Zuwachs von 1,5 %. Wenn das bisherige Zyklusbild weiter gilt, muss auch für 2009 mit einem weiteren Rückgang gerechnet werden.

Die Arbeitsmarktdynamik in Deutschland wird 2008 abflachen. Zwar wird übereinstimmend mit einem weiteren Rückgang der Arbeitslosenzahlen um rund 300.000 im Jahresdurchschnitt gerechnet. Die positive Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten dürfte gegen Ende des Jahres langsam ausklingen.

1.3 Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen ist die nach den Ursachen des Aufschwungs. Von der Antwort auf diese Frage hängen die Empfehlungen für die zukünftige Wirtschaftspolitik ab.

Das Sozialprodukt legte seit 2005 ganze 7 % zu. Und dieses Wachstum schafft Beschäftigung. Fast 700.000 neue Jobs – darunter 247.000 Ein-Euro-Jobs – bescherte uns das aktuelle Konjunkturhoch. Aussagekraft gewinnen diese Zahlen aber nur im Vergleich. Dann allerdings fällt die Bilanz mager aus. Im letzten Aufschwung – 1998 bis 2000 - wuchs die Wirtschaft mit gleicher Kraft. Die Beschäftigung stieg jedoch doppelt so stark. Damals schufen die Firmen, trotz eines verkrusteten Arbeitsmarktes, überbordender Bürokratie und drückender Steuer- und Abgabenlast, mehr als 1,4 Mio. Arbeitsplätze. Auch bei den sozialversicherungspflichtigen Jobs schneidet der letzte Aufschwung um 150.000 Arbeitsplätze besser ab. Lediglich bei den Arbeitsstunden liegt der aktuelle Konjunkturfrühling vorne. So können unfreiwillig Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte jetzt mehr arbeiten. Im Mix mit flexiblen Arbeitszeitmodellen führt dies zwar zu mehr Arbeit, aber nicht zu mehr Jobs. Gut und billig für die Unternehmen, schlecht für die Arbeitslosen. Kurzum: Der vermeintliche „Agenda-Aufschwung“ ist im Zyklenvergleich beschäftigungsarm.

Steht dies aber nicht im Widerspruch zur kräftig sinkenden Arbeitslosigkeit? Schließlich gibt es seit 2005 fast 620.000 Arbeitslose weniger. Ein stärkerer Rückgang als im letzten Konjunkturhoch. Also wirkt Hartz IV doch? Nein, der Abgang aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung ist gesunken. Die bessere Arbeitslosenstatistik verdanken wir zu großen Teilen einem demographischen Effekt. Das Erwerbspersonenpotenzial und somit das Arbeitsangebot hat sich im Vergleich zum letzten Aufschwung um fast eine halbe Million verringert. Weniger Zuwanderung und

eine Verschiebung der Alterstruktur haben jedoch nichts mit den Arbeitsmarktreformen zu tun.

Wie wir es auch drehen und wenden, das angebliche Reformwunder aus Nürnberg entpuppt sich bei näherer Betrachtung als das Arbeitsergebnis eines ganz normalen Investitionszyklus. Nach fünf mageren Jahren mussten die Betriebe hierzulande ihre Maschinenparks und Gebäude modernisieren. Die Exportindustrie musste bei vollen Auftragsbüchern sogar erweitern. Im Inland wurde wieder kräftig investiert mit den bekannten Folgen für den Arbeitsmarkt. Die Politik hat daran nicht den geringsten Anteil. Von Reformdividende keine Spur. Im Gegenteil: Noch nie in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte dieses Landes sind die realen Brutto- und Nettolöhne im Aufschwung gefallen. Und neben der Lohnarmut, steigen die Kinder-, Bildungs- und bald auch die Altersarmut.

Welche Lehren sollten wir aus all dem ziehen? Wenn jetzt die Politik wieder länger Arbeitslosengeld zahlen, flexible Zugänge zur Rente ermöglichen, Mini- und Midijobs eindämmen, Ein-Euro-Jobs abschaffen oder Mindestlöhne einführen will, so kann sie all dies tun, ohne unsere Wirtschaft ans Krankenbett zu fesseln. Darüber hinaus sollten die Zumutbarkeitskriterien bei Hartz IV zurückgenommen werden, die ALG II-Regelsätze erhöht und die Leiharbeit schärfer reguliert werden. Des Weiteren sollten die öffentlichen Investitionen in Bildung, Verkehrsinfrastruktur und ökologische Modernisierung deutlich aufgestockt werden. Im Verbund mit kräftigen Tariflohnsteigerungen würden all diese Maßnahmen die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte stärken.

Die Geldpolitik muss sich gegen das abschwächende Wirtschaftswachstum stemmen. Dies dürfte ohne weiteres möglich sein, da die zuletzt angestiegene Inflationsrate nicht das Ergebnis sich beschleunigender Lohninflation, sondern von temporär befristeten Preisschüben ist. Um den voraussichtlichen Abschwung aufzufangen und um dem Aufwertungsdruck des Euro entgegenzuwirken, muss die EZB sowohl mit Zinssenkungen als auch mit Devisenmarktinterventionen operieren. Sie sollte sich hier ein Beispiel an der Geldpolitik der US-amerikanischen Notenbank nehmen.

2 Tarifpolitische Aufgaben

2.1 Tarifrunde 2008: Verteilungsspielraum ausschöpfen

Die **Tarifrunde 2007** bedeutete im Schnitt eine Erhöhung der Tarifentgelte von 2,3 %. Oberhalb dieses Durchschnittes lagen die Chemische Industrie mit 3,6 %, die Metallindustrie mit 4,1 % und das Bauhauptgewerbe mit 3,1 %. Die Tarifrunde zeichnete sich auch durch teilweise längere Laufzeiten aus, wie z. B. der Metallindustrie, indem ab 01.06.2008 eine weitere Erhöhung um 1,7 % ansteht.

Zu Beginn des Jahres 2007 sah es so aus, dass die **Inflationsrate** moderat bleiben würde. Bei einer jahresbezogenen Betrachtung lässt sich heute feststellen, dass die Lohn- und Gehaltserhöhungen des Jahres 2007 annähernd durch die Erhöhung der Inflationsrate mit 2,2 % aufgezehrt wurde.

Im Bereich des **öffentlichen Dienstes** sind die Entgelttarife beim Bund und Gemeinden zum 31.12.2007 ausgelaufen. Die Gewerkschaft ver.di hat ihre Forderung mit 8 % und mindestens 200,- € pro Beschäftigten beziffert und leitet diese Forderung aus dem Nachholbedarf ab. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben seit

2004 keine Erhöhungen erfahren. Die öffentlichen Hände sollten auch ihrerseits ein Interesse daran haben, mit entsprechenden Entgelten die Attraktivität für ihre Bereiche zu sichern. Es sei an dieser Stelle ein Vergleich mit den Abgeordnetendiäten des Bundestages erlaubt, die, nachdem sie seit 2003 nicht mehr angehoben wurden, zum 01. Januar 2008 um insgesamt 9,4 % gestiegen sind. Hier schreibt der Tagesspiegel am 20.12.2007 zu recht:

„Wenn das Geld für eine Erhöhung der Bundestagsdiäten da ist – warum dann nicht auch für alle Staatsdiener?“

Die **IG Metall** hat für die laufende Tarifrunde der **Stahlindustrie 8 %** gefordert. Die Stahlbranche boomt seit Jahren und die Gewinnentwicklung der Unternehmen ist glänzend. Es muss hier gesehen werden, dass die Personalkosten im Bereich der Stahlindustrie weniger als 9 % des Umsatzes ausmachen.

Die Gewerkschaft **IG BCE** hat für den Bereich der Chemischen Industrie Entgelterhöhungen von bis zu 7 % gefordert.

In den drei genannten Branchen werden die Entgeltrunden in den nächsten Tagen und Wochen beginnen. In allen drei Branchen erwarten die Beschäftigten eine faire Beteiligung. Die Tarifrunde des Jahres 2008 lässt sich somit nicht unter das Motto stellen: „Das Ende der Bescheidenheit“, sondern die Gewerkschaften wollen den Verteilungsspielraum voll ausschöpfen.

Es ist hier für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer klar, dass sie am Aufschwung gleichermaßen teilhaben wollen.

Insofern ist:

- * Minister **Glos** zuzustimmen wenn er sagt: *„Arbeitnehmer brauchen mehr Netto in der Tasche“;*
- * wenn der **Bundesarbeitsminister** formuliert *„Nach Jahren der Zurückhaltung ist jetzt die Zeit für ordentliche Lohnsteigerung“;*
- * und wenn der **Bundesfinanzminister** formuliert *„Wenn die Menschen nicht endlich teilhaben am Aufschwung, dann wird das Wachstum nicht voran kommen.“*

2.2 Mindestlöhne

Der erste Mindestlohn auf Basis des Entsendegesetzes wurde im Jahre 1996 für den Bereich der Bauwirtschaft vereinbart. Dieser Mindestlohn war durch eine rund fünfmonatige politische Diskussion begleitet. Der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände war damals das Entgelt zu hoch. Im Bereich des Mindestlohnes des Bausektors liegt nun mittlerweile die längste Erfahrung vor. Man kann heute durchaus sagen, dass der Mindestlohn Arbeitsplätze gesichert hat und auch Lohn- und Sozialdumping ohne einen Mindestlohn größer gewesen wäre. Das Argument, durch Mindestlöhne würden Arbeitsplätze verloren gehen, wird durch den Hauptverband der Deutschen Bauindustrie mit folgender Formulierung widerlegt:

„Die Mindestlöhne sind ohne Alternative. Ohne sie hätten mindestens noch einmal 250.000 Bauarbeiter ihren Job verloren“ (12. April 2005).

Mittlerweile bestehen neben dem **Bauhauptgewerbe** für das **Gebäudereinigerhandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk, Abbruch- und Abwrackgewerbe, Dachdeckerhandwerk, das Elektrohandwerk und die Postdienste** Mindestentgelte auf Basis des Entsendegesetzes.

Ein Tarifvertrag für die **Zeitarbeit** auf Basis des Entsendegesetzes wurde Ende Mai 2006 bereits unterzeichnet. Die Gewerkschaften erwarten jetzt von der Politik, dass dieser Tarifvertrag durch die Aufnahme in das Entsendegesetz Ende März 2008 umgesetzt wird. Die Zeitarbeit braucht dringend einen solchen Tarifvertrag, damit eklatante Lohnrückerei unterbleibt. Hierin kann auch kein Interesse der öffentlichen Hand liegen, dass mittlerweile 12 % der vollzeitbeschäftigten Zeitarbeitnehmer noch Anspruch auf ergänzende ALG-II-Leistungen haben.

Für den Bereich der **industriellen textilen Dienste** besteht ab November 2007 ein Tarifvertrag, der auch auf die Umsetzung durch die Auswertung des Entsendegesetzes wartet.

Die Gewerkschaften werden bis zum 31.03.2008 die Branchen dem Arbeitsministerium benennen, für die eine Ausweitung im Entsendegesetz vorgenommen werden sollte. Wir erwarten in den dann folgenden Schritten, dass solche Widerstände wie beim Postmindestlohn von der Politik unterbleiben.

2.3 Allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn

Die Gewerkschaften streben insbesondere tarifvertragliche Regelungen an, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. Sofern es aber nicht möglich ist, mangels Tarifbindung auf Arbeitgeberseite oder mangelnder Bereitschaft Tarifverträge zu vereinbaren, ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn notwendig, damit eine Haltelinie gegeben ist. Der reine Verweis auf die Sittenwidrigkeit von Löhnen ist hier nicht ausreichend, denn damit wird für Beschäftigte kein existenzsicherndes Entgelt gezahlt und geschweige denn, ein ausreichendes existenzsicherndes Rentenniveau erreicht.

2.4 Zeitarbeit: Mindestlohntarifvertrag allgemeinverbindlich erklären

Die Zeitarbeit (bzw. Leiharbeit) hat sich seit der Novellierung des Arbeitnehmerüberlastungsgesetzes im Jahre 2002 bis heute verdoppelt. Es gibt derzeit etwa 650.000 Zeitarbeitsbeschäftigte. Die Arbeitgeber gehen von einer Entwicklung bis zum Jahre 2010 von bis zu einer Million Beschäftigten aus. Bei der Tarifierung der Zeitarbeit im Jahre 2003 haben die „christlichen Gewerkschaften“ durch Dumpingtarifverträge entsprechende höhere Entgelte der DGB-Tarifgemeinschaft in Richtung equal pay unmöglich gemacht. Die Gewerkschaften wollen auch weiterhin die Zeitarbeit tarifieren, sofern die unterste Entgeltgruppe durch den Mindestlohntarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt wird. Die Gewerkschaften sind sich auch einig, dass das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz so geändert werden muss, *dass nach einer angemessenen Einarbeitungszeit für Arbeitnehmer die gleiche Bezahlung und die gleichen Arbeitsbedingungen gelten wie für Stammarbeitskräfte. Von dieser Regel soll dann nicht mehr durch Tarifvertrag abgewichen werden können.*

Die Zeitarbeit sollte die Funktion haben, für die sie auch angedacht war, nämlich z. B. um temporär begrenzte Spitzenbedarfe aufzufangen, aber nicht dazu genutzt werden, um Stammbeschäftigten aus den Betrieben zu drängen. Die schmerzlichen Fakten der

Zeitarbeit sehen so aus, dass beispielsweise im BMW-Werk Leipzig der Anteil der Zeitarbeitsbeschäftigten bei über 35 % liegt. Es gibt Bereiche in der Wirtschaft, in dem der Anteil die 50 % schon überschritten hat.

3 Aufgaben der Finanz- und Steuerpolitik

3.1 Finanzpolitik muss handlungsfähig bleiben und Zukunftsinvestitionen stärken

Bei der Haushaltskonsolidierung hat die Finanzpolitik seit 2006 Fortschritte gemacht. Dies ist auch aus unserer Sicht teilweise erfreulich. Teilweise muss man aber auch negative Konsequenzen beklagen. Der gesamtstaatliche Schuldenstand von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherung im Verhältnis zum BIP ist von 67,8 % in 2005 auf etwa 64,4 % in 2007 zurückgegangen. Er wird 2008 wahrscheinlich weiter sinken auf etwa 62,2 %. Die gesamtstaatliche Neuverschuldung nahm von - 4 % in 2003 in den Folgejahren kontinuierlich ab. Sie ist 2007 mit rund + 0,3 % sogar positiv ausgefallen. Auch 2008 wird trotz der Milliardenausfälle mit der Unternehmensteuerreform wieder ein Überschuss von rund 0,1 % des BIP erwartet.

Worauf sind diese Erfolge zurückzuführen?

Zunächst sicherlich auf eine gute Wachstums- und Beschäftigungsbilanz im Rahmen eines kräftigen Aufschwungs, der in dieser Stärke von vielen professionellen Schätzern nicht erwartet worden war. Zu der besseren Einnahmesituation haben aber auch die kräftigen Steuererhöhungen beigetragen, allen voran die Mehrwert- und Versicherungsteuer mit einer Satzanhebung um drei Prozentpunkte ab 01.01.2007 sowie eine Reihe von arbeitnehmerspezifischen Steuerverschlechterungen wie z. B. dem Abbau der Pendlerpauschale oder der Herabsetzung des Bezugsalters von Kindergeld an der Spitze. Alle diese Maßnahmen zusammen haben im Jahr 2007 zu einer Haushaltsentlastung beim Staat von rund 28 Mrd. Euro geführt. Entsprechend kam es zu einer Mehrbelastung der privaten Haushalte in dieser Höhe.

Die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung auf 4,2 % zum 01.01.2007 sowie andere expansiv wirkende Maßnahmen wie z. B. das höhere Elterngeld konnten die restriktiven Effekte dieser Politik nicht wegmachen. Der Impuls der staatlichen Finanzpolitik für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung war im vergangenen Jahr 2007 insofern insgesamt negativ.

Wegen der guten Konjunktur konnte die restriktive Ausrichtung der Finanzpolitik in 2007 relativ gut verkräftet werden. Deswegen wollen wir den finanzpolitischen Kurs des vergangenen Jahres auch nicht rundweg kritisieren. Gleichwohl muss festgehalten werden, dass die Mehrwertsteueranhebung im Verein mit den anderen Maßnahmen übermäßig tiefe Bremsspuren in der wirtschaftlichen Entwicklung hinterlassen hat.

Zwar soll die gesamtstaatliche Finanzpolitik in 2008 auf einem deutlich expansiveren Kurs einschwenken. Allerdings ist hier die Einschränkung zu machen, dass dieser Kurswechsel in erster Linie auf die Unternehmensteuerreform und auf die erneute Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,9 Prozentpunkte auf 3,3 % zurückzuführen ist. Erst in zweiter Linie trägt die im Grundsatz richtige und vernünftige Ausgabenerhöhung u. a. in den Bereichen Verkehr, Forschung, Klimaschutz und Energieeffizienz, Soziales sowie Kinderbetreuung zu dieser Ausrichtung bei.

Bewältigung der Zukunftsaufgaben verlangt höhere Staatsausgaben

Ein solcher einnahmenseitig expansiver Kurs im nächsten Jahr droht jedoch die erzielten Konsolidierungs- und Wachstumserfolge zu verspielen. Denn massive Einnahmenverzichte beschädigen die konjunkturpolitische Manövriermasse für den Fall eines länger andauernden Abschwungs. Wenn in einer solchen Situation dann die Politik wieder erneut versucht, die öffentlichen Haushalte durch Sparen zu konsolidieren, würde dieses – das haben die letzten fünf Jahre deutlich gezeigt – die wirtschaftliche Krise wieder verschärfen: Die Konsolidierungspolitik stünde dann bald wieder vor dem Scherbenhaufen von negativem Wachstum, hoher Arbeitslosigkeit und dann wieder steigender öffentlicher Verschuldung.

Auf keinen Fall darf es das erklärte Ziel der Finanzpolitik sein, die öffentlichen Ausgaben zu drosseln und den Anteil der Staatsausgaben am BIP noch weiter zu verringern. Wir brauchen auf verschiedenen Feldern staatliche Aktivität eine gezielte und verstärkte Ausgabenpolitik.

Für die Zukunft ist zum Beispiel der stetige Ausbau der öffentlichen Investitionen unverzichtbar. Gegenüber dem europäischen Durchschnitt von ca. 2,5 % des nominalen BIP hängt Deutschland mit einem Anteil der öffentlichen Investitionen am BIP von ca. 1,5 % oder um rund 20 Mrd. Euro hinter den anderen Ländern Europas her. Besonders groß sind die Defizite in den Bereichen Bildung und Erziehung, Forschung und Innovation sowie Verkehrsinfrastruktur, Energieeinsparung und Versorgung sowie Umwelt.

Mittlerweile hat auch die Politik diese Defizite erkannt und in programmatischen Erklärungen zum Ausdruck gebracht, dass die bestehenden Lücken geschlossen werden sollen. Diese Ankündigungen hören wir zwar gerne. Ihnen müssen aber nun auch Taten folgen. Denn ähnliche Töne bezüglich der Wichtigkeit von öffentlichen Investitionen in den genannten Bedarfsfeldern waren auch von nahezu allen früheren Bundesregierungen regelmäßig zu hören. Die bei der Haushaltsaufstellung genannten Planzahlen für das folgende Haushaltsjahr waren in der Regel immer höher als die Ist-Zahlen der vorausgegangenen Jahre. War das Haushaltsjahr aber dann abgeschlossen, musste man meistens eine Stagnation der öffentlichen Investitionen feststellen.

3.2 Ende der Sparpolitik im öffentlichen Dienst – Arbeitsbedingungen der Beschäftigten müssen verbessert werden

Ein weiteres Feld, auf dem die öffentliche Hand nicht mehr wie in den vergangenen Jahren den Rotstift ansetzen darf, ist der öffentliche Dienst. Die Sparpolitik für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes muss 2008 ein Ende haben! Die letzte lineare Einkommenserhöhung hat es im Jahre 2004 gegeben. Von 2004 bis 2007 ist das Einkommen der Beschäftigten real um 5 % gesunken. Der Nettolohn ist im Jahre 2007 rund 3 % geringer gewesen als in 1999. Und um rund 10 % sind die Einkommen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren unter jenen der Privatwirtschaft geblieben.

Aktuell schmälert der Preisauftrieb vor allem bei Strom, Gas, Lebensmitteln und Benzin die Einkommen der Beschäftigten. Insbesondere bei den unteren und mittleren Einkommensgruppen gibt es immer mehr Fälle, wo neben dem öffentlichen Job zusätzliche Arbeitsstellen angenommen werden, nur um finanziell über die Runden zu kommen. Nur ein Beispiel für diese Feststellung ist der Polizist, der sich nach seinem

Dienst zusätzlich als LKW- oder Busfahrer das zum Leben notwendige Einkommen verdient.

Darüber hinaus haben sich die Einkommens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in weiten Teilen des öffentlichen Dienstes in den vergangenen Jahren so verschlechtert, dass die Gewinnung von qualifiziertem Personal mittlerweile große Probleme bereitet. Das kann nicht in unserem gemeinsamen Interesse sein. Denn in vielen Bereichen wird zusätzliches Personal benötigt: Bei der Kinderbetreuung, in Schulen (trotz abnehmender Kinderzahl), in Krankenhäusern und in der Pflege, in den Finanzämtern und bei der Feuerwehr - egal, ob im Tarif- oder Beamtenbereich. Vor diesem Hintergrund unterstützt der DGB die gemeinsame Forderung von ver.di und dem Deutschen Beamtenbund für die Tarifrunde 2008 bei Bund und Kommunen „8 Prozent - mindestens 200 Euro“ voll und ganz. Wann, wenn nicht zu einer Zeit guter Steuereinnahmen und breiter Haushaltsverbesserungen wie das jetzt der Fall ist, soll es zu einer spürbaren Verbesserung der Einkommens- und sonstigen Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst kommen?

Der öffentliche Dienst steht für die nächsten Jahre nicht mehr als Steinbruch der Einsparpolitik zur Verfügung. Die Erfahrungen mit zahlreichen Privatisierungsaktivitäten haben zudem gezeigt, dass durch Übertragung staatlicher Aufgaben auf private Einrichtungen keine Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge verbunden ist – im Gegenteil: Während die Leistungen schlechter werden, die Preise steigen, die Bevölkerung immer unzufriedener wird, ist es kein Zufall, dass in vielen Kommunen mittlerweile Reprivatisierungsaktionen laufen. Ähnliche Erfahrungen lassen sich in Großbritannien mit der Reprivatisierung der Eisenbahn machen.

3.3 Steuerpolitik: Vorerst keine generellen Steuersenkungen

Die für den Bereich der öffentlichen Investitionstätigkeit sowie des öffentlichen Dienstes beispielhaft dargelegte Notwendigkeit eines stärkeren staatlichen Engagements hat deutlich gezeigt, dass Forderungen nach neuen Steuersenkungen und insbesondere nach einer grundlegenden Steuerreform, wie sie aktuell von einigen Politikern in der Union und von der FDP propagiert werden wird, derzeit nicht angebracht sind.

Auf Deutsch gesagt haben die Gewerkschaften auch gründlich die Nase voll von großvolumigen Steuersenkungsversprechungen und Wahlkampfschönredereien dieser Art. Die Politik der letzten Jahre hat deutlich gemacht, dass eine derartige Strategie vor allem eines bewirkt hat: Die direkten Steuern für Großeinkommensbezieher und Unternehmen sowie für Vermögensbesitzer wurden erheblich gesenkt. Den Steuerausfall holt man sich durch die Belastung der Arbeitnehmerschaft und der Verbraucher wieder zurück. Dieses ist aktuell auch bei der Unternehmensteuerreform, die zum 01.01.2008 in Kraft getreten ist, der Fall. Nicht anders wird es bei der Erbschaftsteuer sein, die in diesem Jahr beschlossen werden soll.

Spitzeneinkommen, Unternehmensgewinne und Großvermögen höher besteuern

Der DGB fordert eine Steuerpolitik, die die Spitzeneinkommensbezieher – und das sind nicht nur die Manager der großen Kapitalgesellschaften – stärker in Anspruch nimmt. Wie die andauernden hohen Unternehmensgewinne zeigen, war auch eine grundlegende Entlastung der Unternehmen durch Senkung der Steuersätze nicht

erforderlich. Die deutschen Unternehmen sind im internationalen Vergleich auf breiter Front gut aufgestellt. Wenn Vertreter der Wirtschaft sagen, dass die derzeit steigenden Energiepreise oder der Anstieg des Euro von den Unternehmen gut verkraftet werden können, würden sie auch an einer höheren Besteuerung nicht zugrunde gehen.

Ebenso wenig gibt die Empirie stichhaltige Beweise für die These her, dass die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb mit sog. Niedrigsteuerländern nicht mithalten kann. Wie vielmehr Zahlen der OECD und der EU zeigen, fällt die effektive Steuerbelastung der deutschen Unternehmen im Vergleich zu den Wettbewerbsländern verhältnismäßig gering aus. Trotzdem haben sich die Gewerkschaften in der Vergangenheit nicht generell gegen nominelle Steuersatzsenkungen ausgesprochen. Wir haben aber stets verlangt, dass diese Entlastungen dann durch eine konsequente Verbreiterung der Bemessungsgrundlage sprich Abbau von Steuervergünstigungen jedweder Art selbst getragen werden müssen.

Diesem vernünftigen Grundsatz ist die Bundesregierung jedoch nicht gefolgt. Stattdessen ist sie bei der Unternehmensteuerreform bereit, dauerhaft auf einen Steuerausfall von bis zu 10 Mrd. Euro jährlich zu verzichten. Trotzdem verlangt die Wirtschaft von der Bundesregierung, beschlossene Gegenfinanzierungstatbestände wie beispielsweise die Zinsschranke und die Besteuerung von Funktionsverlagerungen wieder aufzuweichen. Und sie wird solche Aktivitäten nicht eher aufgeben als bis die Regierung diesem Druck gefolgt ist.

Wir verlangen eine Korrektur der Unternehmensteuerreform im Sinne von mehr Aufkommensneutralität. Wir fordern des Weiteren die Reaktivierung der bis 1996 von allen Regierungen gleich welcher parteipolitischen Couleur erhobenen Vermögensteuer. Es kann nicht angehen, dass die einzigen Vermögensteuerzahler in Deutschland die Hartz IV-Empfänger sind, die erst dann staatliche Unterstützung bekommen, wenn sie zuvor große Teile ihres privaten Vermögens aufgebraucht haben.

Wir finden es auch befremdlich, dass bei der Erbschaftsteuer die jahrelange Unterbewertung von Immobilien- und Betriebsvermögen, die vom Bundesverfassungsgericht wie zu erwarten als verfassungswidrig deklariert worden ist, für die bisher Begünstigten bei der Erbschaftsteuerreform die Folge haben soll, dass sie ab 2009 noch stärker begünstigt werden. Auch hier verzichtet der Staat, wie bei der Vermögensteuer, auf etliche Milliarden Euro Steuereinnahmen, die den Betroffenen nicht wehtun, die aber für die Bestreitung wichtiger öffentlicher Aufgaben, wie z. B. die Verbesserung der Bildungssituation und der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur bitter notwendig sind.

Kürzungen bei der Pendlerpauschale rückgängig machen

Wenn vorhin gesagt worden ist, dass wegen der Notwendigkeit der Sicherstellung wichtiger öffentlicher Staatsaufgaben generelle Steuersenkungen für die Gewerkschaften zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht infrage kommen, so heißt das selbstverständlich nicht, dass wir grundsätzlich und auf alle Zeiten auf Steuersenkungen zugunsten der abhängig Beschäftigten verzichten. Im Gegenteil: Was die Gewerkschaften für sofort fordern, ist die komplette Rückgängigmachung der Kürzungen bei der Pendlerpauschale und die uneingeschränkte Wiederherstellung der Abzugsfähigkeit von Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte als Werbungskosten. Die Urteile des Bundesfinanzhofes zur Pendlerpauschale von 2007 sowie vom 10.01.2008 entsprechen unserer Auffassung. Die Bundesregierung hätte

gut daran getan, den Zustand von 2006 sofort wieder herzustellen. Die Kürzung der Pendlerpauschale war eine Bestrafung der sich um Arbeit bemühenden Beschäftigten. Die Rückgängigmachung dieses verfassungswidrigen Beschlusses würde der Bundesregierung die Blamage einer Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht ersparen.

Wenn über eine Überarbeitung der Einkommensteuer gedacht werden muss, dann muss aktuell vor allem eine Anhebung des Spitzensteuersatzes angestrebt werden. Über weitere Details, wie z. B. die Anhebung des Grundfreibetrages oder die Abflachung der Progression für Arbeitnehmerinkommen beim Steuertarif, werden wir zu gegebener Zeit unsere Forderungen vorlegen.

3.4 Föderalismusreform II - Schuldenbremsen

im Rahmen der Beratungen der Gemeinsamen Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Föderalismusreform II) wird unter anderem intensiv über so genannte Schuldenbremsen zur Begrenzung staatlicher Kreditaufnahme diskutiert.

So plädiert z. B. der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dafür, den Begriff der öffentlichen Investitionen im Artikel 115 Grundgesetz enger auszulegen. Dazu sollte der bislang dort genannte Begriff korrigiert werden u. a. um Abschreibungen und Desinvestitionen (Privatisierungen, Darlehensrückzahlungen). Käme es dazu, würde der Spielraum für staatliche Neuverschuldung erheblich verringert.

Andere Vorschläge aus Politik und Wissenschaft laufen darauf hinaus, Neuverschuldungen weitestgehend zu verbieten oder die Maastrichter Verschuldungsregeln für die Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern zu übernehmen.

Schuldenbremsenideen dieser Art ignorieren zwei zentrale Aspekte staatlicher Haushalts- und Finanzpolitik:

- Erstens haben staatliche Ausgaben gerade in EU-Ländern eine wichtige Stabilisierungsfunktion für die Wirtschaftsentwicklung. Da für die Geldpolitik die Europäische Zentralbank zuständig ist, bleibt die Finanzpolitik das einzige Instrument der nationalen Regierung, konjunkturellen Schocks entgegenzuwirken.
- Zweitens sind Wirtschaft und Gesellschaft auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen, zu der nicht nur Sachinvestitionen in Verkehrs- und Versorgungssysteme gehören, sondern auch personelle Investitionen in die Bereiche Bildung und Forschung.

Diesen Erfordernissen haben Bund und Länder bei der Gestaltung ihrer Haushalts- und Finanzpolitik stets Rechnung zu tragen. Anstatt daher das Problem der Staatsverschuldung über die gesetzliche Fixierung von Defizitziele zu lösen, was insbesondere in Krisenzeiten die Gefahr erheblicher und lang anhaltender wachstums- und arbeitsmarktpolitischer Schäden für Wachstum und Beschäftigung heraufbeschwören würde, sollte die Politik das Konzept eines konjunkturbereinigten Ausgabenpfades durchsetzen. Dadurch würden Bund und Länder ausreichend Luft für eine aktive Stabilisierungspolitik behalten.

Eine solche Politik, die nicht auf Defizit-, sondern auf Ausgabenzielen basierte, wurde in den 90er Jahren erfolgreich in den USA betrieben („budget-enforcement-act“). Mit diesem Konzept hat die US-Regierung unter Bill Clinton nicht nur ihren Haushalt konsolidiert. Durch die Erzielung von Überschüssen konnte sogar der Schuldenstand verringert werden.

Nach Auffassung des DGB sollten auch Bund und Länder in Deutschland eine Finanzpolitik betreiben, die neben der Sicherung gesellschaftlicher Erfordernisse sowohl konjunkturpolitische Flexibilitäten aufzeigt als auch Konsolidierungserfordernisse deutlich macht. Sie sollte darüber hinaus gestützt und ergänzt werden durch den Ausbau der Koordinierungs- und Kontrollbefugnisse des Finanzplanungsrates sowie durch eine verbesserte und verbindliche Zusammenarbeit der Finanzbehörden beim Steuervollzug.

Die Änderung des Grundgesetzes durch den Einbau von Schuldenbremsen ist für den DGB keine Alternative. Hinzu kommt, dass im Bereich der Besteuerung von Spitzeneinkommensbeziehern, Großvermögen und Millionenerbschaften noch Steuerhebungspotential in zweistelliger Milliardengröße vorhanden ist.

4 Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik

4.1 Auswirkungen der Arbeitsmarktreform

Nach unserer Einschätzung haben die Arbeitsmarktreformen nur sehr begrenzt dazu geführt, dass (gegenüber früheren Aufschwungphasen) mehr Beschäftigung entstanden ist. Aber die Art der Beschäftigung hat sich stark gewandelt und es gibt mehr Beschäftigung, die nicht existenzsichernd ist.

Auch die statistischen Daten belegen diesen Trend.

Heute arbeiten bald 700.000 Menschen als Leiharbeiter. Das sind doppelt so viele wie noch im Jahre 2003. 12 Prozent der Leiharbeiter erhalten ein so niedriges Gehalt, dass sie ergänzend Arbeitslosengeld II beziehen müssen.

Insgesamt nehmen rund 1,2 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ergänzende Leistungen aus Hartz IV in Anspruch, um über die Runden zu kommen. Fast 50 Prozent davon sind Vollzeitbeschäftigte.

Auch sind 50 Prozent aller Selbständigen – und damit über zwei Millionen Personen – so genannte Solo-Selbständige, nicht selten prekäre oder Scheinselbstständige. Fast 2,5 Millionen Menschen sind befristet beschäftigt. Häufig wechselt bei ihnen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung.

Deutlich angestiegen ist auch die Zahl der Minijobber: 6,9 Millionen (das sind 18 Prozent aller Erwerbstätigen) Menschen sind geringfügig beschäftigt, davon 4,9 Millionen ausschließlich in Minijobs. Die prekäre Beschäftigung dominiert vor allem im Dienstleistungssektor. In einzelnen Branchen sind 50 Prozent der Beschäftigten Minijobber/innen. In diesen Branchen sind die Beschäftigten überdurchschnittlich auf Hartz IV angewiesen. Die Mehrzahl sind Frauen.

Auch die Probleme beim Einstieg in den Arbeitsmarkt nehmen zu. Junge Menschen werden häufig als Praktikanten oder Scheinpraktikanten beschäftigt werden.

Weitere 600.000 arbeiten als Ein-Euro-Jobber. Diese unsicheren Formen der Beschäftigung haben zweifellos den Arbeitsmarkt flexibilisiert.

Auch das zweite Argument, dass die prekäre Beschäftigungsform eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt sei, ist inzwischen weitgehend widerlegt.

Nur zehn Prozent der Minijobber sind Arbeitslose. Der Übergang in die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist minimal. Zu einer Dauerbeschäftigung führt der Minijob selten.

Andererseits gibt es auch den umgekehrten Weg: Menschen, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, fallen in den Minijob zurück. Am Arbeitsmarkt ein Nullsummenspiel – das allerdings viel Geld verschlingt.

Ähnlich sind die Ergebnisse bei der Leiharbeit. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass nur 12 Prozent der ausgeliehenen Arbeitskräfte in ihrem Einsatzbetrieb später sozialversicherungspflichtig übernommen werden.

Das ist weit weniger als von der Branche behauptet und sicher keine Argument dafür, dass die Leiharbeitsfirmen bei den Arbeitsagenturen inzwischen als „Premiumkunden“ behandelt werden.

Unterdurchschnittlich ist nach wie vor die Integration von Langzeitarbeitslosen vor allem von Hartz IV Empfängern. Allein die Ausweitung von Niedriglohn-Jobs ist keine Lösung. Der DGB regt an, den Niedriglohnsektor beschäftigungsfreundlicher zu gestalten. Die Subvention von Minijobs muss beendet werden. Stattdessen sollten Niedrigverdiener nur dann gefördert werden, wenn sie mindestens 30 Stunden in der Woche arbeiten und ihnen ein Mindestlohn von 7.50 Euro gezahlt wird.

Maßgeblich für das Zunehmen von struktureller Arbeitslosigkeit sind insbesondere die Auslese- und Auswahlprozesse, die am Arbeitsmarkt stattfinden. Ursache ist vor allem das zu geringe Bildungsniveau großer Gruppen am Arbeitsmarkt. Dies beginnt schon mit mangelnder Schul- bzw. Berufsausbildung. Im europäischen Vergleich ist die Zahl der Schulabgänger, die ohne abgeschlossene Schulausbildung die Schule verlassen, hoch. Die mangelnde Qualifikation setzt sich in der weiteren Berufsausbildung fort. Unverändert sind in den letzten 25 Jahren 15 % eines Abgangsjahrgangs nach dem 25. Lebensjahr ohne berufliche Ausbildung. In Ausbildung und Weiterbildung muss mehr investiert werden. Vor allem müssen die Maßnahmen mit Blick auf den Maßnahmeerfolg effizienter werden.

4.2 Leiharbeit wirkungsvoll regulieren

In einigen Fällen kann Leiharbeit (bzw. Zeitarbeit) eine sinnvolle Funktion erfüllen, wenn der Einsatz von Leiharbeitskräften die Ausnahme bleibt, z. B. bei kurzfristigen Auftragspitzen, Krankheitsvertretungen oder dem Auftreten von Mehrarbeit. Dies kann wirkungsvoll erreicht werden, wenn das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auch in der Praxis durchgesetzt wird. Dadurch würde unterbunden, dass Leiharbeit ausschließlich eingesetzt wird, um Lohnstrukturen der Entleihbetriebe zu unterlaufen bzw. Kostenvorteile gegenüber Wettbewerbern zu erlangen.

Mit den Reformen sollte auch erreicht werden, dass über den Verleih verstärkt Arbeitslose in den Arbeitsmarkt integriert werden. Diese Erwartung ist nicht in dem angestrebten Maße eingetreten. Auch in den von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studien zur Evaluierung konnten hierfür keine ausreichenden Belege erbracht werden.

Die Zahl der Leiharbeiter, die über einen Verleih in den Entleihbetrieb integriert werden (**Klebeffekt**), bewegt sich nach einer Erhebung des IAB zwischen 12 – 15 %. Die von der Branche zum Teil angegebenen höheren Werte sind nicht repräsentativ. Vor allem die Zielgruppe der Geringqualifizierten kann über Leiharbeit **nicht** in eine langfristige Beschäftigung finden. Insgesamt gesehen ist die Integration über Leiharbeit nicht höher als aus Arbeitslosigkeit insgesamt.

Auch die Hoffnung des Gesetzgebers, dass mit der Reform bei den Entleihern **dauerhafte Arbeitsplätze** entstehen, ist nicht eingetreten. Fast 70 % der Arbeitsverhältnisse werden nach weniger als dreimonatiger Beschäftigung beendet. Überwiegend erfolgt die Beendigung der Arbeitsverhältnisse auf Initiative des Arbeitgebers. Dieser Wert ist gegenüber früheren Perioden unverändert.

Das **Lohnniveau** in der Leiharbeit ist zum Teil so niedrig, dass viele Beschäftigte, trotz Vollzeitarbeit, ergänzend Arbeitslosengeld II beantragen müssen. Eine DGB-Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass der Anteil der Bezieher von ergänzendem Arbeitslosengeld II in der Leiharbeit unter allen Branchen den höchsten Anteil hat. Jede achte Leiharbeitskraft bezieht ergänzendes Arbeitslosengeld II. Damit wird die Leiharbeit in erheblichem Maße durch Steuermittel unterstützt und subventioniert. Dieser Fehlentwicklung muss entgegengewirkt werden.

Es gibt Hinweise darauf, dass Leiharbeit bestehende Arbeitsplätze in Entleihbetrieben verdrängt. In Einzelfällen sind schon bis zu 50 % der Beschäftigten von Unternehmen Leiharbeitskräfte. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung konnte belegen, dass immerhin 5 % der Betriebe ihr Wachstum teilweise oder ausschließlich über Leiharbeit organisieren.

Insgesamt muss festgestellt werden, dass durch die Zunahme von Arbeitnehmerüberlassungen die **Beschäftigungsrisiken** sowohl in den Verleih- als auch in den Entleihbetrieben zugenommen haben. Betriebliche Kosten der Entleihbetriebe werden privatisiert oder über die Sozialversicherung auf die Allgemeinheit verlagert. Insgesamt drängt sich der Verdacht auf, dass es nicht so sehr darum geht, den Flexibilisierungsbedarf zu erhöhen, sondern in vielen Fällen offensichtlich darum, das Lohnniveau zu senken bzw. das niedrigere Lohnniveau der Leiharbeit gegenüber dem Lohnniveau der Entleihbetriebe als Wettbewerbsvorteil auszunutzen.

Der DGB erwartet, dass der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auch in der Praxis durchgesetzt wird. Wir erwarten hierzu gesetzliche Änderungen.

5 DGB-Pressemeldung Nr. 06 vom 14.01.2008 - DGB zum Jahreswirtschaftsbericht 2008: Mit Stärkung der Nachfrage Konjunkturrisiken entgegentreten

Anlässlich des diesjährigen Gespräches des DGB mit der Bundesregierung über die Schwerpunktsetzung des neuen Jahreswirtschaftsberichts forderte DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki am Montagabend in Berlin die Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage als vorrangiges Ziel von Staat, Europäischer Zentralbank und Tarifpolitik.

Trotz noch relativ günstiger Konjunktur- und Arbeitsmarktdaten habe sich das Tempo des Aufschwungs in Deutschland und Europa verlangsamt, sagte Claus Matecki. Mit den Folgen der Finanzkrise in den USA, den hohen Ölpreisen sowie dem Anstieg des Euro drohe die Verbesserung der Beschäftigungssituation und die weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Frage gestellt zu werden, betonte das DGB-Vorstandsmitglied gegenüber Wirtschaftsminister Glos, Arbeitsminister Scholz sowie Staatssekretärin Kressl vom BMF. „Diesen Risiken muss konsequent begegnet werden. Die Gewerkschaften werden mit ihrer Tarifpolitik dazu beitragen, dass Arbeitnehmerhaushalte wieder mehr Geld in die Kasse bekommen – eine wichtige Unterstützung für den privaten Konsum. Aber auch der Staat ist verpflichtet, diese Richtung zu verstärken.“

Dazu zählten u. a. mehr öffentliche Investitionen in Bildung, Verkehrsinfrastruktur und ökologische Modernisierung. Aber auch die Einführung von Mindestlöhnen, bei denen tarifvertragliche Lösungen Priorität haben sollten, die Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze und der Schonvermögen sowie die schärfere Regulierung der Leiharbeit müssten ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Zudem gehöre die steuerliche Abzugsfähigkeit der Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte wieder voll hergestellt.

Richtung EZB appellierte Claus Matecki: „Um den wirtschaftlichen Abschwung abzufangen und nicht mit Zinserhöhungen zu beschleunigen sowie dem Aufwertungsdruck des Euro entgegenzuwirken, sollte in diesem Jahr mit Zinssenkungen und mit Devisenmarktinterventionen operiert werden.“

Alle diese Maßnahmen müssen auf europäischer Ebene gleichermaßen betrieben werden, unterstrich Claus Matecki. „In diesem Zusammenhang kommt der Bundesregierung die besondere Verantwortung zu, im Rahmen des makroökonomischen Dialoges für die Einhaltung eines gemeinsamen Vorgehens zu sorgen.“